

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidenschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum: 25.10.2019

Änderungsantrag zu V-26

Von Zeile 46 bis 51 einfügen:

Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten sollen. Bisher fordert das Europäische Parlament dank Grünen Drucks immerhin 30 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für die Biodiversität aus dem Gesamthaushalt, ein erster richtiger Schritt. Für die EU Außenfinanzierung fordern wir sogar 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität, damit die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern bereitstellt. Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der Europäischen